



Die Parteizugehörigkeit spielt in der Kommunalpolitik eine untergeordnete Rolle

Damit keine Missverständnisse aufkommen: Ich werde mich an dieser Stelle nicht jeden Monat zur Bundespolitik äußern. Als Landrat konzentriere ich mich selbstverständlich in allererster Linie auf meine originären Aufgaben. Doch von der aktuellen, bundesweiten Debatte, ob die Zusammenarbeit der gemäßigten Parteien mit der AfD auf kommunaler Ebene einen „Tabubruch“ darstellt, bin ich als CSU-Kommunalpolitiker sehr unmittelbar betroffen. Und ohne einen Unionskollegen in Schutz nehmen zu wollen, muss ich sagen: Die heftige Kritik an CDU-Chef Friedrich Merz ist in meinen Augen reflexartig und undifferenziert.

Friedrich Merz muss sich momentan an seiner eigenen Rigorosität messen lassen. Immer wieder hatte er metaphorisch eine „Brandmauer“ zwischen seiner Partei und der AfD eingezogen. Nachdem er diesen Monat im Sommerinterview von seiner strengen Linie abgerückt ist und zugestand, dass auf kommunaler Ebene die „Zusammenarbeit“ mit der AfD diskutiert werden müsse, brach eine regelrechte Empörungswelle los. Diese instinktive Entrüstung zeigt mir aber vor allen Dingen, dass viele Politikerinnen und Politiker auf Bundesebene vergessen haben, wie Kommunalpolitik funktioniert und welchen Grundsätzen sie folgt. Ja, die Parteizugehörigkeit ist in den Stadt- bzw. Gemeinderäten und im Kreistag keine völlige Nebensache, doch vorrangig geht es hier um das gemeinsame Gestalten – und zwar über Parteigrenzen hinweg. Immerhin sprechen wir mit Blick auf den Kreistag nicht von einem Parlament, sondern von einem Kollegialorgan. Hier sitzen Menschen zusammen, die gewissenhaft diskutieren, welche gestalterischen Maßnahmen sie für ihren Landkreis in Angriff nehmen wollen. Jeder substantielle Redebeitrag, egal aus welcher Fraktion, wird angehört, aufgegriffen und diskutiert.

Und stellvertretend für den Kreistag im Augsburgener Land, dem ich als Landrat vorsitzen darf, kann ich sagen, dass in dieser Hinsicht alle Fraktionen unseres Kreistages und all seine Ausschüsse zusammenarbeiten. „Zusammenarbeiten“ bedeutet in diesem Kontext für mich „sich konstruktiv miteinander arrangieren“. Auch die ausdrückliche Widerrede ist eine Form der Würdigung, die im demokratischen Prozess dazugehört. Wer sich – ganz egal, ob kritisch oder zustimmend – mit dem Kommentar eines anderen Kreistagsmitglieds auseinandersetzt, der arbeitet für mein Verständnis mit diesem Gremiumsmitglied zusammen. Es wäre meiner Auffassung nach sogar demokratisch bedenklich, wenn die Beiträge einer Fraktion kategorisch ignoriert würden und unkommentiert blieben. Alle Kreistagsmitglieder sind demokratisch legitimiert und sollten vorrangig an der Qualität ihrer Mitarbeit gemessen werden, nicht an ihrer Parteizugehörigkeit.

Dennoch will ich ausdrücklich differenzieren: Parteiliche Zusammenschlüsse wie Koalitionen oder Fraktionsgemeinschaften stehen für mich auf einem völlig anderen Blatt. Diese Art der Zusammenarbeit zwischen der Partei, der ich angehöre, und der AfD lehne ich nach wie vor ab – im Kreistag wie in allen anderen politischen Gremien. Doch – und das ist für mich der Knackpunkt der momentanen Debatte um Merz: Wer sich das Sommerinterview aufmerksam angesehen hat, der weiß, dass der CDU-Vorsitzende überhaupt keine Koalitionen zwischen der Union und der AfD angeregt hat. Und dass mit einem demokratisch gewählten AfD-Landrat und einem hauptamtlichen Bürgermeister, wie wir sie inzwischen in Deutschland haben, in der Praxis in irgendeiner Form zusammengearbeitet bzw. sich arrangiert werden muss, das sollte jeder Demokratin und jedem Demokraten klar sein.

Ihr

Martin Sailer
Landrat